

Chemiekonjunktur: Vom Haben in der Not ...

Die Hoffnung richtet sich auf die Grundchemikalien. Die Produktion zieht wieder etwas an. Das ist ein positiver Konjunkturindikator. Festigt sich dieser Trend, dann mag das Schlimmste überstanden sein.

Trotzdem werden die Unternehmen weiterhin unter starkem Kostensenkungsdruck stehen. Das kann nicht anders sein: Die Anlagen sind nur zu 72 Prozent ausgelastet. Das Produktionsniveau pendelt sich beim Stand von 2003 wieder ein. Für 2009 soll die Chemieproduktion um 10 Prozent gegenüber 2008 sinken und der Gesamtumsatz gar um 12 Prozent.

Als Führungskräfteverband können wir die Augen vor dieser Entwicklung nicht verschließen. Das hindert freilich nicht daran, sehr genau auf die Zwischentöne zu achten. In der ersten Phase der Krise war noch so etwas wie trotziger Mut der Verzweiflung in den Chefetagen zu bemerken. Es hieß, wir schließen betriebsbedingte Kündigungen aus. Es wirkte nicht so, als sei das nur Beschwichtigungskalkül gewesen. Jetzt, da man sich schon wieder auf dem aufsteigenden Ast wähnt, formuliert der VCI schon sehr viel vorsichtiger und deutlich kalkulierender: Wir werden uns bemühen, die Stammbeschaften zu halten.

Der demografische Wandel macht keine Pause

Das sollte sich von selbst verstehen! Was denn sonst? Wie will man ansonsten im demografischen Wandel bestehen? Der hat ja nicht einfach einmal Pause gemacht. Ob Krise oder nicht, die Know-How-Träger altern kollektiv. Eines Tages sind sie weg. Der ohnehin schwer zu kompensierende Verlust von Leistungsträgern sollte keinesfalls durch kurzfristige Personalpolitik in hektischer Reaktion auf die Krise vergrößert werden. Sonst wird man beim anstehenden generationsübergreifenden Wissenstransfer einen nicht wieder gutzumachenden Know-How-Abfluss erleben. Damit wären künftige Wohlstandsgewinne endgültig verspielt.

Die Grundchemikalien herstellenden Großunternehmen trifft in dieser Situation eine doppelte Verantwortung. Sie müssen Augenmaß im eigenen Unternehmen beweisen.

Sie müssen ihre Politik aber auch so anlegen, dass dem zuliefernden und Grundchemikalien verarbeitenden Mittelstand die Luft zum atmen bleibt. Über 1500 kleine und mittlere Firmen bewegen sich in diesem Markt. Das gibt es so in anderen Volkswirtschaften der Welt kein weiteres Mal. Die Arbeitsteilung zwischen Großen und Kleinen macht die deutsche Chemie stark und innovativ. Freilich darf ein wesentlicher Faktor dabei auch nicht übersehen werden: Die Banken können und dürfen sich nicht erst selbst zulasten der Realwirtschaft sanieren.

Die richtige Balance finden

Führungskräfte im mittleren Management kennen die operativen Abläufe und sind dieser Struktur verpflichtet. Der VAA wird alles dafür tun, dass Corporate Social Responsibility in dieser Krise keine leere Floskel für mäzenatenartige Aktivitäten bleibt. Für solche Mißverständnisse eines allemal richtigen Grundanliegens ist gewiss kein Raum. Corporate Social Responsibility zeigt sich, wenn Großunternehmen im Zielkonflikt zwischen der kurz- oder mittelfristigen Optimierung der Rahmenbedingungen für die eigene Produktion und der auf lange Sicht angelegten Erhaltung aller gesellschaftlichen Ressourcen, derer sich das Unternehmen bedienen muss, die richtige Balance finden.

An erster Stelle geht es dabei natürlich um die direkten und indirekten Investitionen in Forschung und Humankapital. Wer heute nicht ausbildet, Nachwuchs mit verlässlicher beruflicher Perspektive rekrutiert und forscht, wird morgen nicht die erforderlichen neuen Produkte und qualifizierten Mitarbeiter haben. Es gilt eben dieser Tage unter Beweis zu stellen, was die Alten schon lange über antizyklisches Verhalten wussten: „Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.“



Gerhard Kronisch,
Hauptgeschäftsführer des VAA

Chemie bleibt zuversichtlich

Boehringer Ingelheim, Wacker Chemie und Merck liegen in der VAA Befindlichkeitsumfrage 2009 auf den vordersten Plätzen. Bei vielen Unternehmen der chemischen Industrie wird nach wie vor die Personalentwicklung kritisch beurteilt.

Im April 2009 hat der VAA zum achten Mal seine Befindlichkeitsumfrage durchgeführt. Über 2.000 VAA Mitglieder gaben ihre Wertungen in den Kategorien „Unternehmensstrategien“, „Unternehmenskultur“, „Arbeitsbedingungen“, „persönliche Befindlichkeiten“ und „Motivation“ ab. Insgesamt wurden 26 Arbeitgeber bewertet, zwei mehr als 2008. In diesem Jahr neu dabei: Heraeus und Süd- Chemie.

Von den 24 bereits im letzten Jahr vertretenen Unternehmen verbesserten sich 15 in der Beurteilung durch ihre Führungskräfte. Vor dem Hintergrund der schwierigen Wirtschaftslage ein überraschendes Ergebnis. Dazu VAA Vorsitzender Dr. Thomas Fischer: „Leistungsträger stehen ihren Unternehmen auch in schweren Zeiten loyal zur Seite. Sie beweisen Umsicht und Gelassenheit und übernehmen wie gewohnt Verantwortung – für ihre Kollegen und für ihre Firma“.

Kritische Beurteilungen

Obwohl weiterhin negativ beurteilt, hat sich die Einschätzung der Qualität der Personalentwicklung leicht verbessert. 34 Prozent benoteten sie mit mangelhaft oder ungenügend, 2008 waren es noch 38,5 Prozent. Unzufrieden mit der Kommunikation der Karrierechancen sind 36 Prozent (im Vorjahr 38 Prozent). Häufig als mangelhaft oder ungenügend bewertet wurden auch das Bonussystem mit Zielvereinbarungen (26 Prozent), die Transparenz des Vergütungssystems (23 Prozent), die offene Diskussion von Problemen (23 Prozent) und das Verhältnis der Mitarbeiter- gegenüber den Anteilseigner-Interessen (23 Prozent).

Positive Beurteilungen

Die positiven Beurteilungen der Führungskräfte blieben weitgehend unverändert. Das Betriebsklima im persönlichen Umfeld bewerten 58 Prozent (gleicher Wert wie im Vorjahr) mit sehr gut oder gut. 54 Prozent gehen nach wie vor gerne zur Arbeit (im Vorjahr 51 Prozent). Dass Chancengleichheit im Unternehmen praktiziert wird, bestätigen 46 Prozent der Führungskräfte. Für 60 Prozent der Befragten (59 Prozent im Vorjahr) kommen Mobbing-Fälle in ihrem Unternehmen nicht oder kaum vor und 48 Prozent sind mit den Arbeitsbedingungen durchweg zufrieden.

Wenig Bewegung im Ranking

Im Unternehmensranking der VAA Umfrage gab es für die meisten Chemie- Arbeitgeber wenig Bewegung im Vergleich zu 2008. Spitzenreiter ist wie in den Vorjahren Boehringer, dicht gefolgt von Wacker Chemie. Deutlich verbessern konnten sich Merck (von Platz 8 auf Platz 3) und Roche Diagnostics (von Platz 9 auf Platz 5).

Zurückgefallen sind vor allem LyondellBasell (von Platz 7 auf Platz 19) sowie DuPont Deutschland (von Platz 13 auf Platz 22). Auch Beiersdorf, B. Braun Melsungen und Henkel haben jeweils eine Reihe von Plätzen eingebüßt.



Auf der Internetseite des Manager Magazins äußert sich Dr. Thomas Fischer, 1. Vorsitzender des VAA, im [Interview](#) zu den Ergebnissen der Befindlichkeitsumfrage.

Die ausführliche Informationen zur Befindlichkeitsumfrage 2009 werden in der August- Ausgabe des [VAA Magazins](#) veröffentlicht.

Hohe Zinsen machen Rentnergesellschaften billig

Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wirkt sich auf Rentnergesellschaften aus.

In Unternehmen, in denen die Gründung einer so genannten Rentnergesellschaft erwogen wird, ist die Sicherheit der Altersvorsorge für die Arbeitnehmer in Zukunft unter Umständen geringer als bisher. Die Kapitalausstattung von Rentnergesellschaften unterliegt mit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) neuen Anforderungen.

Nach § 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG) muss ein Arbeitgeber auch dann für Zusagen auf betriebliche Altersvorsorgeleistungen einstehen, wenn die Durchführung nicht unmittelbar über ihn erfolgt.

§ 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG

Der Arbeitgeber steht für die Erfüllung der von ihm zugesagten Leistungen auch dann ein, wenn die Durchführung nicht unmittelbar über ihn erfolgt.

Im März 2008 hatte das Bundesarbeitsgericht (BAG) bestätigt (Urteil vom 11.03.2008, AZR 358/06), dass Unternehmen ihre Versorgungsverbindlichkeiten zwar auf einen externen Träger (Rentnergesellschaft) übertragen können. Zugleich stellte das BAG aber hohe Anforderungen an eine solche Ausgliederung. Der Arbeitgeber sei verpflichtet, die Rentnergesellschaft mit genügend Kapital auszustatten, um die Finanzierung der betrieblichen Altersvorsorge zu sichern. Andernfalls mache er sich gegenüber den Versorgungsberechtigten schadensersatzpflichtig.

Die Kapitalausstattung muss demnach so hoch sein, dass die Rentnergesellschaft sowohl die laufenden Betriebsrenten als auch die gesetzlich vorgesehenen Anpassungen finanzieren kann. Das BAG gab insbesondere vor, dass die Verzinsung, die für die Ermittlung der notwendigen Kapitalhöhe zu Grunde gelegt wird, nach den handelsrechtlichen Bewertungsgrundsätzen des § 253 Handelsgesetzbuch (HGB) festzulegen ist. Je höher dieser Zinssatz angesetzt wird, desto geringer muss die Kapitalausstattung der Rentnergesellschaft ausfallen. Zum damaligen Zeitpunkt ergab sich für die Verzinsung nach den Grundsätzen des § 253 HGB eine Bandbreite von drei bis sechs Prozent. Das BAG entschied, dass die Untergrenze von drei Prozent zu Grunde zu legen sei, weil bei Versorgungsverbindlichkeiten das Prinzip der gesteigerten Vorsicht gelte.

Auswirkungen des BilMoG

Am 26. März 2009 hat der Deutsche Bundestag das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) verabschiedet. Durch das BilMoG wurden unter anderem die handelsrechtlichen Bewertungsgrundsätzen des § 253 HGB neu gefasst. Die neue Regelung sieht vor, dass Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren abgezinst werden müssen.

§ 253 HGB Abs. 2 HGB neuer Fassung

Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abzuzinsen.

Abweichend von Satz 1 dürfen Rückstellungen für Altersvorsorgeverpflichtungen oder vergleichbare langfristig fällige Verpflichtungen pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst werden, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. (...)

Es handelt sich also um einen am jeweiligen Bilanzstichtag fest zu definierenden Zinssatz. Ein Bewertungsspielraum und damit die Möglichkeit, dem besonderen Vorsichtsgebot Rechnung zu tragen, besteht nicht mehr. Dies würde die Anforderungen an die Ausstattung einer Rentnergesellschaft reduzieren, wenn - wie momentan der Fall - der gesetzlich definierte Zinssatz höher liegt, als die bislang maßgeblichen drei Prozent.

VAA Praxis- Tipp:

Der Gesetzgeber will mit der Neuregelung „eine gewisse Annäherung an die internationalen Rechnungslegungsstandards“ erreichen. Es bleibt abzuwarten, ob die verringerten Anforderungen die Gründung neuer Rentnergesellschaften nach sich ziehen wird. Arbeitgeber sollten die Entscheidung, ihre Versorgungsverbindlichkeiten auszugliedern, auch in Zukunft verantwortungsvoll treffen.

Deflation oder Inflation?

Experten streiten über den richtigen Weg bei der Krisenbewältigung.

In einer der schwersten Rezessionen seit dem Zweiten Weltkrieg ist die globale Nachfrage eingebrochen. Die Produktionsauslastung ist stark gefallen und die Arbeitslosigkeit bereits dramatisch gestiegen. Fürchtete man vor einem Jahr noch die Inflation ist in den nächsten Monaten sogar mit negativen Preisänderungsraten zu rechnen. Die Notenbanker sprechen von „Abwärtsrisiken für das Preisniveau“; Deflationssorgen machen sich breit. Die Medien ziehen Vergleiche mit der Deflationsspirale der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren. Aber die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen damals waren andere.



Glücklicherweise haben Politiker und Notenbanken unerwartet schnell und entschlossen mit fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen in einem bisher nicht gekannten Ausmaß reagiert. Dadurch konnte der Zusammenbruch des Finanzsystems und der Stillstand der Weltwirtschaft verhindert werden. Allerdings warnen in jüngster Zeit einige Stimmen aufgrund der inzwischen sehr stark ausgeweiteten Geldmenge und der massiv gestiegenen Staatsschulden davor, dass in den nächsten Jahren nicht die Deflation sondern die Inflation die größere Gefahr sei. Mittelfristig könnte es zu spürbar höheren Inflationsraten kommen, wenn es den Notenbanken nicht rechtzeitig gelingt, den geldpolitischen Stimulus zurückzudrehen, sobald die Wirtschaft wieder anspringt.

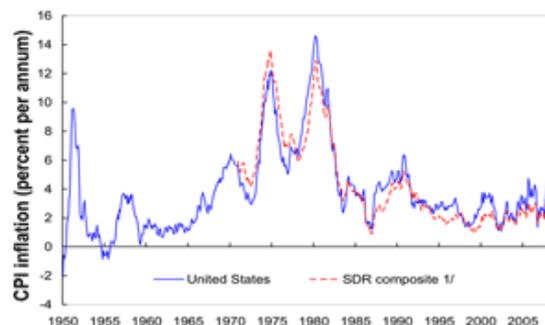
Schwierige Gradwanderung

Kurzfristig mag die Deflation, langfristig die Inflation die größere Bedrohung darstellen. Fest steht, dass die Geld- und Fiskalpolitik eine schwierige Gradwanderung bewältigen muss. Eine zu zögerliche Reaktion wäre kurzfristig äußerst schmerzhaft. Japan musste nach dem Platzen der Spekulationsblase an den Aktien- und Immobilienmärkten in den 1990er Jahren leidvoll eine Deflation durchleben. Dort schwächten die extremen Vermögensverluste die Kaufbereitschaft der Verbraucher sowie die Investitionsneigung der Unternehmen. Dadurch kam es zu einem starken Wirtschaftseinbruch. Weil die japanischen Banken aufgrund der hohen Vermögensverluste immer risikoscheuer wurden und ihre Kreditvergabe stark einschränkten, blieb die

expansive Geldpolitik der Notenbank in der Realwirtschaft wirkungslos. Die Japaner erlitten herbe Wohlstandsverluste im „verlorenen Jahrzehnt“.

Wahl des geringeren Übels – Schutz für Anleger

Zu viel des Guten könnte jedoch die Solvenz einiger Staaten bedrohen und den Grundstein für die nächste Spekulationsblase legen. Müssen sich die Notenbanken zwischen den beiden Übeln Deflation oder Inflation entscheiden, spricht vieles für die Inkaufnahme der Inflation. Sie ist einfacher wieder in den Griff zu bekommen als die Deflation etwa durch Zinsanhebungen. Dagegen verbleiben zur Bekämpfung der Deflation bei einem Leitzins von Null kaum noch Möglichkeiten, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Deshalb werden die Zentralbanken die Zinsen tendenziell eher zu zögerlich anheben und eine Phase hoher Inflation riskieren, als die Wirtschaft durch eine zu straffe Geldpolitik abzuwürgen. Anleger sollten aus diesem Grund mittelfristig mit einer deutlich höheren Inflation rechnen, wie vor etwa 30 bis 40 Jahren.



Plötzlich ansteigende Inflationsraten begünstigen Schuldner und risikofreudige Anleger, die Sachwerte wie Aktien und Immobilien besitzen. Benachteiligt werden vorsichtige Anleger, die in Festgeldanlagen, Staatsanleihen und Versicherungen investiert haben. Leider gehören zu diesem Anlegerkreis oft auch Arbeitnehmer und Rentner. Ihre Bezüge halten mit der Inflation zumeist nicht Schritt. Insbesondere für diese Anlegergruppe können aktiv verwaltete und breit gestreute Dachfonds mit sicherheitsorientierter Ausrichtung einen guten Inflationsschutz bieten. Diese sollten neben Immobilien-, Rohstoff- und Goldminenfonds auch inflationsgeschützte Anleihen enthalten, deren Zinssatz an die Entwicklung der Inflationsrate gekoppelt ist.



Jörg Lamberty ist Geschäftsführender Gesellschafter der FVP Gesellschaft für Finanz- und Vermögensplanung mbH in Köln.
www.fvp-gmbh.de

Norbert Beisheim - "Keine Angst vor großen Tieren"

Man erkennt es beim ersten Blickkontakt – dieser Mann will helfen, kann helfen. Norbert Beisheim, 53, ist aktiver Rotkreuzler und seit über 30 Jahren privat im Einsatz für andere. Dort ist auch seine Frau engagiert und zugleich seine Chefin. Die beiden Söhne machen auch mit, einer allerdings hauptamtlich bei den Maltesern. Und wen wundert es dann noch, wenn er als Hobby sein Engagement für DLRG und VDK angibt und politisch mit dem Slogan „parteiloser Gewerkschafter für Arbeitnehmerinteressen“ in das Gemeindeparlament einzog.

Als Physiklaborant begann Norbert Beisheim nach Abschluss der mittleren Reife 1973 seine Ausbildung bei der Hoechst AG, es folgten Tätigkeiten in der Werkstoffstelle und nach der Bundeswehr in der Ingenieurforschung und Entwicklung. 1982 war ein Schicksalsjahr – Hausbau begonnen, er wurde Vater, verlor den eigenen und begann sein Fernstudium als Elektrotechniker. Bei Hoechst arbeitete er bis zu seiner Freistellung als Betriebsrat 1994 in der Verfahrenstechnik. Nach der Ausgliederung der Zentralforschung 1998 aus der Hoechst AG wurde er im Jahr 2000 Betriebsratsvorsitzender bei Axiva, die in 2001 von Siemens übernommen und 2004 in die Siemens AG integriert wurde. Getreu seinem Lebensmotto „Meckern hilft nicht weiter – sich einbringen und gestalten!“ trug er wesentlich dazu bei, dass für die kleine Siemens- Truppe in Höchst der Chemietarif übernommen wurde.

Das Wort gilt

Sein gewerkschaftliches Engagement sieht Beisheim auch als Persönlichkeitsentwicklung. 1976 in die IG Chemie eingetreten, ging er 1982 zur DAG und wurde über die Arbeit in der Betriebsgruppe, als Wahlhelfer und mittels Seminaren, an die Betriebsratsarbeit herangeführt. Ab 1987 als Nachrücker, ab 1990 war Norbert Beisheim ordentliches Betriebsratsmitglied, mit den Aufgaben: Verbesserungsvorschläge, Arbeitsschutz, Sicherheit und Gesundheit sowie Aus- und Weiterbildung.

Über die Zusammenarbeit in den Gremien und gemeinsamen Vorschlägen zu Aufsichtsratswahlen kam er mit dem VAA in Kontakt. Der Antritt einer VAA- Liste 1994 zur Betriebsratswahl, war dann der Auslöser, sich näher mit dem VAA auseinander zu setzen. „Hier war die Zusammenarbeit fair und gut, das Wort hat gegolten – es hat gestimmt“, beschreibt er seine Erfahrungen.

Eine gemeinsame Liste von DAG und VAA erzielte 1998 als „Ihr Team – VAA & DAG“ auf Anhieb in Hoechst Research & Technologies 38,3 %, im Jahr 2000 in Axiva dann über 50%. Beisheim wurde zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. 2003 wurde er Mitglied im VAA. In der firmenübergreifenden Werksgruppe im Industriepark Höchst nimmt er an Veranstaltungen teil, hat aber keine Funktion übernommen.

Das Verhältnis zu einer kritikfähigen IG BCE vor Ort erachtet er mittlerweile als sehr gut. Der Kontakt des Betriebsrats zur Geschäftsleitung ist rege und offen. Er fordert sie und nimmt sie dann auch beim Wort. Leider verdrängen immer öfter Verhandlungen zu Restrukturierungen und aktuell die Kurzarbeit in der gegenwärtigen Krise andere Themen zur Gestaltung von Beschäftigungsverhältnissen.

Norbert Beisheim blickt auf eine lange Erfahrung als Betriebsrat zurück. Seine größten Erfolge bislang: Der Abschluss des Standort- und Beschäftigungssicherungsvertrags bei Aventis Research & Technologies von 1999 und die erfolgreichen Verhandlungen bei der Eingliederung in die Siemens AG im Jahr 2004.

Für sich zieht er zufrieden das Resultat seiner bisherigen Betriebsratsarbeit: „Ich habe mich von der grauen Maus aus dem Labor zu einem Menschen entwickelt, der keine „Angst vor großen Tieren“ mehr kennt. Selbstverständlich will Beisheim in 2010 mit „Ihr Team“ wieder zur Betriebsratswahl antreten. Gleichzeitig qualifiziert er sich beruflich weiter: Zur Zeit befindet er sich in seiner 3. Berufsausbildung bei der BG Chemie zur „Fachkraft für Arbeitssicherheit“ – wieder per Fernstudium!



Norbert Beisheim ist seit 1990 ordentliches Betriebsratsmitglied und seit 2000 Betriebsratsvorsitzender.



Verantwortung übernehmen!
So lautet das Motto des VAA für die Betriebsratswahlen 2010.

Kurzmeldungen



Wen sollten Leistungsträger wählen? Abgeordnete aller Bundestagsparteien warben auf einer Podiumsdiskussion um die Stimmen der Führungskräfte. Dr. Martin Bewersdorf und Dr. Klemens Minn haben die Veranstaltung organisiert. Sie fand am 25. Juni 2009 im Industriepark Höchst statt.

Die August- Ausgabe des [VAA Magazins](#) berichtet ausführlich.

-  [Stellungnahme Riesenhuber \(CDU/ CSU\)](#)
-  [Stellungnahme Amann \(SPD\)](#)
-  [Stellungnahme Kolb \(FDP\)](#)
-  [Stellungnahme Kotting- Uhl \(Grüne\)](#)
-  [Stellungnahme Dehm \(Linke\)](#)

Große Sommerwerbeaktion

Mitglieder werben Mitglieder. Vom 1. Juni bis zum 30. September 2009. [Weitere Informationen](#)

Termine

11.09.09: **Auftaktveranstaltung Betriebsratswahl 2010**

Veranstalter: VAA

Ort: "alte Patrone", Kunstquartier & Restaurants, Am Judensand 61-63, 55122 Mainz

Links

Betriebsrenten:

Betriebsrentnern kann im Fall einer Nichtanpassung der Rente Schadensersatz von der Muttergesellschaft ihres ehemaligen Arbeitgebers zustehen. Das hat eine vom VAA erstrittene Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ergeben.

[Zur Pressemitteilung des BAG](#)

Chemiekonjunktur:

Nach Ansicht des Verbandes der chemischen Industrie (VCI) hat die chemische Industrie in Deutschland die Talsohle der Rezession erreicht. Das sagte Verbandspräsident Prof. Dr. Ulrich Lehner am 8. Juli 2009 vor Vertretern der Presse.

[VCI- Informationen zur Chemie- Konjunktur](#)